

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3027
des Abgeordneten Sven Petke
CDU-Fraktion
Drucksache 5/7624

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3027 vom 15.07.2013:

Nachfrage zur Radwegebenutzungspflicht im Land Brandenburg

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom November 2010 darf eine Radwegebenutzungspflicht nur angeordnet werden wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht die das allgemeine Risiko einer Rechtsgutbeeinträchtigung erheblich übersteigt, Das Land und die Kommunen sind in der Pflicht, das Urteil umzusetzen. Im Land Brandenburg gibt es 2567 Kilometer Radwege an klassifizierten Straßen (Bundes-, Landes-, und Kreisstraßen). In Ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage 2203 /Drs. 5/5720) vom Juli 2012 hat die Landesregierung angekündigt, dass die Pflichtradwege im Land Brandenburg infolge des Urteils überprüft werden. Informationen darüber, wie hoch der Anteil der benutzungspflichtigen Radwege im Land Brandenburg ist, lagen der Landesregierung zum damaligen Zeitpunkt nicht vor, da die Überprüfung der Benutzungspflicht durch die unteren Straßenverkehrsbehörden noch nicht abgeschlossen gewesen sei.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung nunmehr vor, wie viele der 2567 Kilometer Radwege an klassifizierten Straßen benutzungspflichtig sind (bitte, wenn möglich, nach Bundes-, Landes- und Kreisstraßen angeben)?
2. In welchem baulichen Zustand befinden sich die straßenbegleitenden Radwege im Land Brandenburg (bitte gemäß der üblichen Kategorisierung des baulichen Zustandes von Radwegen und gegebenenfalls Zustandsnoten angeben)?
3. Welche generellen Ergebnisse hat die angekündigte Überprüfung der benutzungspflichtigen Radwege erbracht?
4. Inwiefern gab es infolge dieser Überprüfung eine spürbare Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht im Land Brandenburg?
5. Welche Gründe waren hauptsächlich ursächlich für die Aufhebung der Benutzungspflicht?
6. In wie vielen Fällen ist die Benutzungspflicht aufgrund eines unzumutbaren Zustandes des Radweges weggefallen?

7. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung darüber, wie viele Kilometer der straßenbegleitenden Radwege im Land Brandenburg nicht den Vorgaben der „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA 2010)“, insbesondere in Bezug auf die empfohlene Mindestbreite der Radwege, entsprechen?
8. Entsprechen alle neuen Radwege, die in Brandenburg gebaut werden, den Kriterien der ERA 2010? Welche weiteren Vorschriften gibt es in Bezug auf den Bau von Radverkehrsanlagen, die im Land Brandenburg berücksichtigt werden müssen?
9. Wie bewertet die Landesregierung die Forderung, dass ein Radweg, der nicht den Kriterien der ERA 2010 entspricht, nicht als benutzungspflichtig klassifiziert werden kann?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorangestellt wird, dass eine Ermittlung konkreter Kilometerangaben für benutzungspflichtige Radwegeabschnitte unterschiedlicher Baulastträger schwierig gestaltet, da die Nutzung einer Straßeninformationsbank wie im Landesbetrieb Straßenwesen für Bundes- und Landesstraßen nicht auch für kreiseigene und kommunale Straßen vorausgesetzt werden kann.

Ebenso ist die Ermittlung spezieller Daten nach Inner- und Außerortsbereich zu unterscheiden und dabei zu berücksichtigen, ob weiterhin ein Benutzungsrecht für Radwege gewährt wird. Wegen des zeitlichen und personellen Aufwandes ist nicht vorgesehen, eine Auswertung in dieser Form zu fordern.

Für die Überprüfung der Anordnung von benutzungspflichtigen Radwegen sind die unteren Straßenverkehrsbehörden zuständig.

Frage 1:

Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung nunmehr vor, wie viele der 2567 Kilometer Radwege an klassifizierten Straßen benutzungspflichtig sind (bitte, wenn möglich, nach Bundes-, Landes- und Kreisstraßen angeben)?

Zu Frage 1:

Der Landesregierung liegt keine Statistik über benutzungspflichtige Radwege vor. Die Straßenverkehrsbehörden wurden nicht aufgefordert eine derartige Statistik zu erstellen, sondern schrittweise benutzungspflichtige Radwege zu überprüfen, beginnend mit Problemfällen, zu denen bereits Widerspruchs- oder Klageverfahren anhängig waren, bis hin zu allen weiteren Abschnitten.

Frage 2:

In welchem baulichen Zustand befinden sich die straßenbegleitenden Radwege im Land Brandenburg (bitte gemäß der üblichen Kategorisierung des baulichen Zustandes von Radwegen und gegebenenfalls Zustandsnoten angeben)?

Zu Frage 2:

Im Jahr 2008 hat die Straßenbauverwaltung eine umfassende Zustandserfassung und –bewertung der an Bundes- und Landesstraßen liegenden straßenbegleitenden Radwege durchgeführt. Demnach bestand für ca. 16 % der Flächen ein vordringlicher Erhaltungsbedarf.

Angaben zum Zustand des kommunalen Radwegenetzes liegen der Landesregierung nicht vor.

Frage 3:

Welche generellen Ergebnisse hat die angekündigte Überprüfung der benutzungspflichtigen Radwege erbracht?

Frage 4:

Inwiefern gab es infolge dieser Überprüfung eine spürbare Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht im Land Brandenburg?

Frage 5:

Welche Gründe waren hauptsächlich ursächlich für die Aufhebung der Benutzungspflicht?

Frage 6:

In wie vielen Fällen ist die Benutzungspflicht aufgrund eines unzumutbaren Zustandes des Radweges weggefallen?

Zu Frage 3 bis 6:

Der Landesregierung liegen keine konkreten Auswertungen zur Überprüfung der Benutzungspflicht der Radwege vor.

Die Abwägung in Einzelfällen gestaltet sich für die verantwortlichen Straßenverkehrsbehörden in der Praxis schwierig, da sich unter Berücksichtigung der Gerichtsurteile vom November 2010 und April 2012 (nähere Ausführungen dazu unter Frage 9) damals keine klare Entscheidung für eine Beibehaltung oder Aufhebung der Benutzungspflicht ableiten ließ.

Deshalb wird im Rahmen des Forschungsprojektes der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) im Auftrag des BMVBS ein Leitfaden erarbeitet, wie die Beurteilung einer qualifizierten Gefahrenlage aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse erfolgen soll. Dieser liegt bisher noch nicht vor und ist abzuwarten. Bis dahin kann auch nicht mit einem Abschluss der Überprüfung gerechnet werden.

Frage 7:

Welche Kenntnisse hat die Landesregierung darüber, wie viele Kilometer der straßenbegleitenden Radwege im Land Brandenburg nicht den Vorgaben der „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA 2010)“, insbesondere in Bezug auf die empfohlene Mindestbreite der Radwege, entsprechen?

Zu Frage 7:

Grundsätzlich kann ausgeführt werden, dass unter Hinzuziehung der ERA 2010 Radwege im Außerortsbereich mit einer Regelbreite von 2,50 m eingerichtet werden. Hat der Radweg neben dem Alltagsradverkehr auch touristische Bedeutung und weist zudem ein erhebliches Radverkehrsaufkommen auf, ist die Ausbildung einer Radwegbreite von mehr als 2,50 m jedoch nicht ausgeschlossen. Eine Verringerung der auszubildenden Radwegbreite ist in begründeten Fällen ebenfalls möglich. Dazu wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen.

Eine Statistik über Radwegeabschnitte nach den ERA 2010 wird nicht geführt.

Frage 8:

Entsprechen alle neuen Radwege, die in Brandenburg gebaut werden, den Kriterien der ERA 2010? Welche weiteren Vorschriften gibt es in Bezug auf den Bau von Radverkehrsanlagen, die im Land Brandenburg berücksichtigt werden müssen?

Zu Frage 8:

Alle neuen Radwege, die die Straßenbauverwaltung an Bundes- und Landesstraßen baut, orientieren sich an den Kriterien der ERA 2010. Abweichungen sind im Einzelfall unter Beachtung besonderer örtlicher Gegebenheiten möglich. Zu berücksichtigen ist, dass es sich bei den ERA um Empfehlungen und nicht um eine gesetzliche Vorschrift handelt. Grundlage für die Anordnung zur Benutzungspflicht ist die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur StVO (VwV-StVO).

Hinsichtlich weiterer anzuwendender Vorschriften muss zwischen Innerorts- und Außerortsradwegen mit verschiedenen Anforderungen unterschieden werden und somit z. T. unterschiedliche Richtlinien, Hinweise und Empfehlungen hingezogen werden. Für Außerortsradwege gelten u. a. die Richtlinien für die Anlage von Landstraßen (RAL, Ausgabe 2012). Für Innerortsradwege finden u. a. die Richtlinien für Stadtstraßen (RASt, Ausgabe 2006) und der Leitfaden für die Gestaltung von Ortsdurchfahrten in Brandenburg (OD-Leitfaden, Ausgabe 2011) Anwendung.

Für die Berücksichtigung des Radverkehrs an Knotenpunkten mit Lichtsignalanlage gelten u. a. folgende Vorschriften:

- Hinweise zur Signalisierung des Radverkehrs (HSRa, Ausgabe 2005)
- Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen (HBS 2001/Fassung 2005)

In den o. g. ERA 2010, RASt 2006 und RAL 2012 werden ebenfalls Knotenpunkte mit Lichtsignalanlagen behandelt.

Frage 9:

Wie bewertet die Landesregierung die Forderung, dass ein Radweg, der nicht den Kriterien der ERA 2010 entspricht, nicht als benutzungspflichtig klassifiziert werden kann?

Zu Frage 9:

Die Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung (VwV-StVO), die entsprechend den Vorgaben des Grundgesetzes vom Bundesrat gebilligt und für die Verkehrsverwaltungen in den Bundesländern bindend ist, gibt für Pflichtradwege konkrete Anforderungen vor, die auch Breitenmaße umfassen, die von denen der ERA 2010 - wo großzügigere Maße angesetzt werden, abweichen. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Geltung der Vorgaben der VwV-StVO bei der Anordnung einer Radwegebenutzungspflicht ausdrücklich bestätigt und darüber hinaus sogar in einem Beschluss vom 16. April 2012 (AZ 3B 62/11) entschieden, dass die Anordnung einer Radwegebenutzungspflicht selbst dann rechtmäßig sein kann, wenn die in der VwV-StVO vorgesehene Mindestbreite des Radweges nicht erreicht wird. Entscheidend ist ausschließlich, ob die Mitbenutzung der Fahrbahn durch Radverkehr zu einer Gefährdungssituation führen würde, die auch mit Blick auf den Ausbauzustand des Radweges nicht hinnehmbar ist.

Die Landesregierung schließt sich dieser höchstrichterlichen Auffassung an, so dass auch ein Radweg, der nicht den großzügigeren Ausbaumaßstäben der ERA 2010 entspricht, als benutzungspflichtig anordnungsfähig ist, wenn er der Abwehr verkehrsbezogener Gefahren für Radfahrende dient. Da die Gefahrenabwehr Vorrang vor räumlichen Komfort hat, ist die Benutzungspflicht eines Radweges, der zwar nicht den Vorgaben der ERA 2010, aber den VwV-StVO entspricht, sowohl zumutbar als auch verhältnismäßig.